Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/2280

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die

128. Sitzung des Deutschen Bundestages am Donnerstag, dem 4. Juni 1964

129. Sitzung des Deutschen Bundestages am Freitag, dem 5. Juni 1964

I. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

I. 1. Abgeordneter **Dr. Kempfler**

Ist der Herr Bundesverkehrsminister bereit, angesichts der Öffnung der Grenze bei Furth im Wald und der großzügigen straßenbaulichen Ausgestaltung des Grenzüberganges seitens der Tschechoslowakei den Ausbau der B 20, die damit zu einer wichtigen Verbindungsstraße zwischen den Alpen, dem Industriegebiet an Alz und Inn und dem böhmischen Raum wird, vordringlich zu betreiben?

I. 2. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die von der Deutschen Bundesbahn geplante Senkung der Frachttarife der Bundesbahn keine Mehreinnahme für den defizitären Haushalt der Bundesbahn bringen wird, dafür aber erneute Verzerrungen des Wettbewerbs zu Lasten der Unternehmen des Güterkraftverkehrs hervorruft?

I. 3. Abgeordneter **Faller**

Ist zu befürchten, daß es auch in diesem Sommer und im Frühherbst auf der Rheintalstrecke wieder zu großen Stauungen im Nord-Süd-Nord-Güterverkehr kommt?

I. 4. Abgeordneter **Faller**

Gedenkt die Bundesregierung an die Regierung der italienischen Republik heranzutreten, um eine Verbesserung der Zollabfertigung anzuregen, die im vergangenen Jahr als eine der Ursachen der Verkehrsstauungen auf der Rheintal-Gotthard-Strecke bezeichnet wurde?

I. 5. Abgeordneter **Bazille**

Trifft es zu, daß der Herr Bundesverkehrsminister den Standort für eine neue Raststätte an der Bundesautobahn Weinsberg—Walldorf am 17. April ohne Befragen des Autobahnamtes Stuttgart und ohne eine Stellungnahme des Innenministeriums von Baden-Württemberg bei einem „Blitzbesuch" in Sinsheim (Nordbaden) festgelegt hat?

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel 6 35 51

I. 6. Abgeordneter **Bazille**

Entspricht es der allgemeinen Praxis des Bundesverkehrsministeriums, derartige, in Frage I/5 geschilderten Beschlüsse ohne enge Fühlungnahme mit allen interessierten staatlichen und kommunalen Stellen auf Wahlkampfreisen zu fassen und bekanntzugeben?

I. 7. Abgeordneter **Dr. Mommer**

Zu welchem Ergebnis haben die Untersuchungen darüber geführt, wie es zu dem Schienenbruch kommen konnte, der das Eisenbahnunglück vom 4. April 1964 in Ludwigsburg verursachte?

I. 8. Abgeordneter **Müller (Worms)**

Ist dem Herrn Bundesverkehrsminister bekannt, daß das Ministerium für Wirtschaft und Verkehr in Mainz am 10. März 1964 an den Gebietsausschuß Rheinhessen im Landesverkehrsverband Rheinland-Pfalz geschrieben hat, daß dessen Anregung, die Straßen in Rheinhessen mit Baumreihen einzufassen, um das rheinhessische Landschaftsbild zu verbessern, nicht entsprochen werden könne „wegen der damit verbundenen erheblichen Gefahren für den heute dominierenden Kraftfahrzeugverkehr"?

I. 9. Abgeordneter **Müller (Worms)**

Hält der Herr Bundesverkehrsminister entgegen der in Frage I/8 genannten Entscheidung nicht die Auffassung des Landesverkehrsverbandes Rheinland-Pfalz für berechtigt, im Interesse der Förderung des Fremdenverkehrs eine Bepflanzung der Straßenränder an den Bundes- und Landesstraßen vorzunehmen, damit Beschwerden über das Fehlen des schattenspendenden Baumbestandes beseitigt werden, da die besondere Qual der Hitze in den Hochsommermonaten in einer kahlen Landschaft den Fremdenverkehr in besonderem Maße benachteiligt?

I. 10. Abgeordneter **Müller (Worms)**

Ist der Herr Bundesverkehrsminister bereit, Baumanpflanzungen an den Bundesstraßen
9 Bingen—Mainz—Worms,
47 Marnheim—Worms (Nibelungenstraße)—Odenwald,
40 Kaiserslautern—Mainz,
420 Wörrstadt—Bad Kreuznach
zu veranlassen und auf die Landesregierung Rheinland-Pfalz einzuwirken, auch die übrigen Landstraßen I. und II. Ordnung mit Bäumen zu bepflanzen?

I. 11. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert**

Ist der Herr Bundesverkehrsminister im Hinblick auf die ständige Zunahme der Verkehrsunfälle bereit, den Organisationen, die Halter von Kranken- und Verkehrsunfall-Hilfswagen sind (Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter-Unfallhilfe, Malteser Unfallhilfe und Arbeitersamariterbund), zur Rettung von Menschenleben nach Verkehrsunfällen die gleichen Sonderrechte zu gewähren, die gemäß § 48 Abs. 1

StVO der Bundeswehr, der Polizei, dem Bundesgrenzschutz, der Feuerwehr, dem Zollgrenzdienst und der Zollfahndung zustehen?

I. 12. Abgeordneter **Seibert**	Welche Verbilligung des Straßenbaus wäre — bezogen auf den durchschnittlichen Preis eines Kilometers Bundesautobahn oder Bundesstraße — möglich, wenn Unterbau und Decke dieser Wege nicht für die extreme Belastung mit Schwerfahrzeugen des Straßengüterfernverkehrs, sondern lediglich für den Verkehr mit Personenkraftwagen und leichten bis mittleren Lastkraftwagen ausreichen müßten?
I. 13. Abgeordneter **Seibert**	Wie hoch sind nach Auffassung der Bundesregierung die direkten und indirekten jährlichen Folgeschäden von Straßenverkehrsunfällen aller Art?
I. 14. Abgeordneter **Seibert**	Kann die Bundesregierung Auskunft darüber erteilen, wie hoch die öffentlichen Aufwendungen für die Verkehrsüberwachung sind und inwieweit diese Aufwendungen auf die Kontrolle und Sicherung des Straßenverkehrs und der Kraftfahrzeuge entfallen?
I. 15. Abgeordneter **Schwabe**	Hat der Herr Bundesverkehrsminister die Möglichkeit oder die Absicht, die „Deutsche Ferienstraße Alpen—Ostsee" durch eine offizielle Anerkennung zu fördern?
I. 16. Abgeordneter **Felder *)**	Ist der Herr Bundesverkehrsminister bereit, in der Angelegenheit Autobahnausfahrt nördlich Schnaittach eine nochmalige Ortsbesichtigung — u. a. unter Einschaltung des Gemeinderates Schnaittach — vorzunehmen?
I. 17. Abgeordneter **Felder *)**	Ist dem Herrn Bundesverkehrsminister bekannt, daß im Winterhalbjahr die Unfälle am Hienberg besonders zahlreich und schwer sind und daß es der Sanitätskolonne Schnaittach nicht möglich ist, auf dem schnellsten Wege zum Unfallplatz zu kommen, weil eine Ein- und Ausfahrt nicht zur Verfügung steht und lediglich eine Baurampe vorhanden, die zu benützen aber verboten ist?
I. 18. Abgeordneter **Kahn-Ackermann**	Trifft es zu, daß die DSG (Deutsche Schlafwagen-Gesellschaft) beabsichtigt, künftig nur noch vier Weinsorten auf ihrer Speisekarte zu führen?

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

I. 19. Abgeordneter **Wendelborn**

Hält die Bundesregierung den § 8 Abs. 3 der Straßenverkehrsordnung noch für zeitgemäß und verkehrsgerecht, in dem verlangt wird, daß zwei entgegenkommende Linksabbieger aneinander vorbeifahren müssen, bevor sie jeweils nach links abbiegen können?

I. 20. Abgeordnete **Frau Dr. Diemer-Nicolaus**

Ist die Bundesregierung bereit, Wanderparkplätze mit einem besonderen Parkschild, und zwar einem weißen P auf grünem Grund, zu kennzeichnen und auf den Durchgangsstraßen entsprechende Hinweiszeichen anzubringen?

I. 21. Abgeordneter **Fritsch**

Wie beurteilt die Bundesregierung einen Aufsatz in der Zeitschrift „Wehr und Wirtschaft" vom Mai d. J. mit der Überschrift „Mangelhafte Flugsicherung", in welchem behauptet wird, daß der Vorwurf fahrlässiger Gefährdung von Menschenleben infolge mangelhafter technischer und personeller Ausstattung der Flugsicherungsorganisation in der Bundesrepublik und der Vorwurf totaler Unfähigkeit in der menschlichen Führung dieser Organisation noch die mildesten Vorwürfe gegen das Bundesverkehrsministerium sind?

I. 22. Abgeordneter **Weigl**

Wie vereinbart sich die Äußerung des Herrn Bundesverkehrsministers in der Fragestunde des Deutschen Bundestages vom 6. April 1962 zur Frage der Verbeamtung des Flugsicherungspersonals: „Ich möchte gern, daß jeder einzelne der Herren in seinem Fall prüfen kann, wie seine Position ist, dann kann er frei entscheiden, ob er verbeamtet werden will oder ob er lieber Angestellter bleiben will" mit der Tatsache, daß seit fast zwei Jahren kein Bediensteter der Bundesanstalt für Flugsicherung, der sich entschied, Angestellter zu bleiben, auf einen Weiterbildungslehrgang geschickt wurde?

I. 23. Abgeordneter **Felder** *)

Ist dem Herrn Bundesverkehrsminister bekannt, daß die Verkehrsverhältnisse beim Bahnhof Bubenreuth nunmehr dringend die Errichtung einer Fußwegunterführung erforderlich machen?

II. Geschäftsbereich des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen

Abgeordneter **Lemmrich**

Hat Herr Vizekanzler Dr. Mende, der anläßlich der Verleihung des Karlspreises der Stadt Aachen an den Staatspräsidenten der Republik Italien die Festrede gehalten hat, die Gelegenheit wahrgenommen, dem hohen italieni-

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

schen Gast auch die Besorgnis der deutschen Bevölkerung über die Entwicklung in Südtirol darzulegen?

III. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

III. 1. Abgeordneter **Dr. Mommer**

Welches Ergebnis hat das Gespräch der Bundesregierung mit dem stellvertretenden rumänischen Außenminister Georghe Pele über Fragen der deutsch-rumänischen Familienzusammenführung gehabt?

III. 2. Abgeordneter **Haase (Kassel)**

Warum wurde das Goethe-Institut in Daressalam kurze Zeit nach seiner Eröffnung wieder geschlossen?

IV. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

IV. 1. Abgeordneter **Dröscher**

Ist die Bundesregierung bereit, Sprechhilfgegeräte für Kehlkopfoperierte, die deren Wiedereingliederung in das mitbürgerliche Leben ganz erheblich erleichtern können, in der zur Verfügung stehenden Ausführung in die Liste der nach dem BVG zu gewährenden Hilfsmittel aufzunehmen, damit die Anschaffung eines solchen Gerätes beihilfefähig wird?

IV. 2. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Ist die Meldung einer Zeitschrift richtig, wonach ein Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz dieser Zeitschrift Material aus dem Jahre 1963 unter der Bedingung versprochen hat, „daß Ihr groß damit herauskommt"?

V. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

V. 1. Abgeordneter **Strohmayr**

Wird die Bundesregierung bei der Neufassung des Gesetzes über Maße und Gewichte Vorschriften einbauen, die die Voraussetzungen dafür schaffen, daß dem sogenannten Verpackungsschwindel begegnet werden kann?

V. 2. Abgeordneter **Strohmayr**

Hält es die Bundesregierung für richtig, in ähnlicher Weise vorzugehen wie die USA in dem dem US-Kongreß zur Beratung anstehenden Gesetzentwurf über „Wahrheit in der Verpackung"?

VI. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

Abgeordneter **Dröscher**

Hat die Bundesregierung bestimmte Vorstellungen, wann und wie die durch die neue Kindergeldgesetzgebung entstandene relative Schlechterstellung kinderreicher Sozialrentner-, Soldaten- und Beamtenfamilien beseitigt werden kann?

VII. Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

Abgeordneter **Kubitza**	Ist das Bundesverteidigungsministerium bereit, Soldaten, die vor dem 30. September 1961 ihre 25jährige Dienstzeit beendet haben, wenigstens eine Dankurkunde auszuhändigen?

VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung

Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**	Trifft es zu, daß bei der Berechnung der Mieten für Bundesdarlehenswohnungen ein Betrag von 2 v. H. als Mietausfallwagnis berücksichtigt werden kann, obwohl bei den mit Bundesbediensteten belegten Wohnungen normalerweise kein Mietausfall eintreten kann?

IX. Geschäftsbereich des Bundesschatzministers

Abgeordneter **Ritzel**	Hat das Bundesschatzministerium Kenntnis von Pressemeldungen, wonach ein bundeseigenes Unternehmen dem sogenannten Deutschen Kulturwerk europäischen Geistes des SA-Lyrikers Herbert Böhme erhebliche Geldbeträge zugewandt haben soll?

X. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

X. 1.	Abgeordneter **Reichmann**	Wie beurteilt die Bundesregierung den Zustand an den Grenzübergängen nach der Schweiz und Frankreich, wo die Grenzabfertigung auf der deutschen Seite durch zwei Beamte, auf der Seite der Schweiz und Frankreich nur durch je einen Beamten erfolgt?
X. 2.	Abgeordneter **Reichmann**	Sieht die Bundesregierung keine Möglichkeit, die Grenzabfertigung an den Grenzübergängen nach der Schweiz und Frankreich zu vereinfachen, zu beschleunigen und die Hälfte des Personals einzusparen, indem die Zoll- und Personalkontrolle zusammen von einem Beamten durchgeführt wird, wie dies schweizer- und französischerseits praktiziert wird?
X. 3.	Abgeordneter **Seuffert**	Beabsichtigt die Bundesregierung, aufgrund von § 77 Abs. 2 des Zollgesetzes oder aufgrund einer anderen Bestimmung die Tarifnr. 27.14 des Deutschen Zolltarifs bezüglich der Tarifmerkmale für Bitumen zu ändern?
X. 4.	Abgeordneter **Seuffert**	Stimmt die Bundesregierung der Ansicht zu, daß eine solche Tarifänderung, wie in Frage X/3 genannt, die Rechtslage für die Verbrauchsteuerbelastung der evtl. davon betroffenen Waren, insbesondere Heizbitumen, gemäß § 1 des Mineralölsteuergesetzes unberührt lassen würde?

X. 5. Abgeordneter **Seuffert**

Stimmt die Bundesregierung der Ansicht zu, daß bis zum Erlaß einer evtl. einschlägigen Rechtsverordnung betr. die Tarifnr. 27.14 des Deutschen Zolltarifs in vollem Umfang nach dem Zolltarif in der geltenden Fassung zu verfahren ist?

X. 6. Abgeordneter **Sänger**

Ist die Bundesregierung bereit, den baulichen Zuständen der Kontrollstelle Lauenburg am Zonengrenzübergang die Aufmerksamkeit zuzuwenden, die endlich zu einer Verbesserung der Arbeitsverhältnisse der Beamten, zu einem reibungslosen und schnellen Ablauf der Arbeiten und zur Befriedigung der primitivsten Bedürfnisse der Reisenden führen müßte?

X. 7. Abgeordneter **Ritzel**

Sind der Bundesregierung Pressemitteilungen bekannt, wonach das Finanzamt für Körperschaften in München, Maischstraße 4, das sogenannte „Deutsche Kulturwerk europäischen Geistes" als gemeinnützig und besonders förderungswürdig von der Körperschaft- und Gewerbesteuer befreit hat?

X. 8. Abgeordneter **Ritzel**

Wie hoch ist die Summe, die nach den Steuersenkungsplänen der Bundesregierung von den Ländern und damit mindestens teilweise von den Gemeinden getragen werden soll?

XI. Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

XI. 1. Abgeordneter **Stooß**

Ist die Bundesregierung bereit, die im Kontrollratsgesetz Nr. 45 bestimmte, im Grundstückverkehrsgesetz vom 1. Januar 1962 aber nicht wieder aufgenommene, jedoch in § 37 vorgesehene Bietgenehmigung bei Zwangsversteigerungen landwirtschaftlich genutzter Grundstücke wieder einzuführen?

XI. 2. Abgeordneter **Weigl**

Wann wurden im Jahr 1963 die Richtlinien für den „Grünen Plan" den Ländern mitgeteilt?

XI. 3. Abgeordneter **Weigl**

Ist die Bundesregierung bereit, im Haushaltsjahr 1964 im Interesse der Landwirtschaft die Richtlinien zum „Grünen Plan" beschleunigt den Ländern mitzuteilen?

XII. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

XII. 1. Abgeordneter **Dr. Mommer**

Ist die Bundesregierung bereit, die Sender der Deutschen Welle zu verstärken?

XII. 2. Abgeordneter **Sänger**

Ist der Bundesregierung bekannt, zu welchem Preise je Quadratmeter die Deutsche Bundespost in Gülzow Kr. Herzogtum Lauenburg das Grundstück für den Bau eines Postamtes erworben hat?

XII. 3. Abgeordneter **Sänger**

Ist der Bundesregierung bekannt, zu welchem Preise das in Frage XII/2 erwähnte Grundstück vor dem Verkauf an die Deutsche Bundespost für die Errichtung eines Schulneubaues angeboten wurde?

Bonn, den 29. Mai 1964